BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
17. Sep. 2018
persönlich abgegeben 15:014 (2)

Oberbürgermeister
o. V. i. A.
Neues Rathaus

In die Ratsversammlung (25.Oktober 2018)

04.09.2018

ANFRAGE gemäß § 14 der GO des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus in Gedenkstätten

Übereinstimmenden Presseberichten zufolge kam es bereits im Mai im Verlauf einer Führung in der Gedenkstätte Sachsenhausen durch eine Besuchsgruppe der Bundestagsabgeordneten der AfD Alice Weidel zu geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Störungen. Die Existenz von Gaskammern wurde angezweifelt. Die Verbrechen der Nazis im Konzentrationslager Sachsenhausen wurden verharmlost.
Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten bezeichnete die Äußerungen der AfD-Gruppe als "manifeste rechtsextreme Argumentationsmuster". Auch auf mehrmalige Aufforderung hörten die Störungen nicht auf, so dass die Führung abgebrochen werden musste.
Laut tagesschau.de vom 31.08.2018 sagte der Leiter der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Axel Drecoll, dass es immer mehr Vorfälle gäbe, bei denen Besucher*innen die Verbrechen der Nazis relativieren wollten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie stellt sich die Situation in der Gedenkstätte Ahlem da, ist dort ebenfalls ein Anstieg an Besucher*innen zu verzeichnen, die geschichtsrevisionistische und/oder antisemitische Argumentationen vorbringen und wie ist der Umgang der Gedenkstätte mit diesen Vorfällen?
2. Wie sind die Erfahrungen mit Gedenkveranstaltungen in Hannover, gab es Versuche, diese zu instrumentalisieren, um geschichtsrevisionistische und/oder antisemitische Positionen zu vertreten? Falls ja, welche Gegenmaßnahmen stehen zur Verfügung und welche werden ergriffen?
3. Fließen diese Erkenntnisse in die Konzeption des geplanten Erinnerungsorts?

Dr. Markowis

Dr. Freya Markowis
Fraktionsvorsitzende